

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 1: Begrüßung und Eröffnung

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 116. Bauministerkonferenz am 14. März 2008 in Berlin

Die Bauministerkonferenz genehmigt die Niederschrift.

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 3: Bericht des Bundes und allgemeine Aussprache

Der Bund berichtete.

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 4: Entwicklungen im Bereich EU

a) Marktüberwachung von Bauprodukten

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht der EU-Referentin einschließlich des vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen gebilligten Eckpunktepapiers der Unterprojektgruppe Marktaufsicht der Projektgruppe Bauregelliste zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz bittet den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen, einen Vorschlag zur Ausgestaltung der Marktaufsicht über harmonisierte Bauprodukte für ein gemischt zentrales/dezentrales Modell (DIBt/Länder) vorzulegen, in dem
 - die Bauprodukte zentral bundesweit einheitlich geprüft und bewertet werden,
 - die Bewertung der Bauprodukte durch die zentrale Stelle für die Länder verbindlich ist,
 - die zentrale Koordinierungsstelle Marktaufsicht der Länder (beim DIBt) mit entsprechenden Aufgaben betraut und den notwendigen (Hoheits-) Befugnissen (z.B. bei bundesweitem schnellem Zugriff oder bei der Durchführung des Marktüberwachungsprogramms) per Übertragung durch die Länder ausgestattet wird.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 4: Entwicklungen im Bereich EU

**b) 17. Informelles Treffen der Wohnungsbauminister der
Europäischen Union am 24.11.2008 in Marseille, Frankreich**

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht der EU-Referentin zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz hält an ihrer Auffassung fest, dass für den Bereich Wohnungswesen keine Kompetenzen der EU bestehen. Sie bittet den Bund, dies bei der Abstimmung über das Communiqué zu berücksichtigen.
3. Die Bauministerkonferenz bittet den Bund um Einbindung der Länder beim Informellen Bauministertreffen am 24. November 2008 in Marseille.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 4: Entwicklungen im Bereich EU

c) Arbeitsstruktur Europa

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht der EU-Referentin zur Arbeitsstruktur Europa zur Kenntnis.
2. Die Bauministerkonferenz stellt fest, dass eine zu den Gremien der Bauministerkonferenz parallele Arbeitsstruktur Europa dem Querschnittansatz der Maßnahmen auf europäischer Ebene nicht mehr gerecht wird.
3. Die Bauministerkonferenz beschließt deshalb die Arbeitsstruktur Europa aufzulösen.
4. Die Bauministerkonferenz dankt den Mitgliedern der Arbeitsstruktur Europa für ihre Arbeit und die Unterstützung, die sie den Gremien der Bauministerkonferenz in europäischen Fragen geleistet haben.
5. Die Bauministerkonferenz begrüßt den Ansatz, die Befassung mit EU-Themen stärker in die Arbeit der Fachgremien zu integrieren und damit die Kompetenz für EU-Themen innerhalb der Bauministerkonferenz auf eine breitere Basis zu stellen.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 5: Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Bauordnungsrecht

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz nimmt den Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen zur Kenntnis. Sie dankt ausdrücklich den beteiligten Fachkommissionen für die geleistete Arbeit.
2. Die Bauministerkonferenz nimmt die kurzfristig eingegangenen Stellungnahmen der Bundesarchitektenkammer und der Bundesingenieurkammer zum Sachverhalt zur Kenntnis.
3. Die Bauministerkonferenz hält es vor dem Hintergrund dieser Stellungnahmen für notwendig, kurzfristig in einen Meinungsaustausch mit den genannten Kammern zu treten.
4. An diesem Meinungsaustausch nehmen seitens der Bauministerkonferenz auf politischer Ebene die Staatssekretäre aus dem jeweiligen A- und B-Sprecher-Land sowie der Staatssekretär des Vorsitzlandes teil. Auf Fachebene nehmen der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen sowie die Vorsitzenden der Fachkommissionen Bautechnik und Bauaufsicht teil.
5. Auf der Grundlage des Ergebnisses dieses Meinungsaustausches erarbeiten die unter 4. genannten Vertreter der Bauministerkonferenz einen Beschlussvorschlag. Dieser wird dann im Umlaufverfahren zur Genehmigung versandt.
6. Es ist das unter 5. genannte Umlaufverfahren bis Ende Oktober 2008 abzuschließen.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 6: Deregulierung der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz sieht die Deregulierungsvorschläge des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen als geeigneten Weg an, die von Bund und Ländern gleichermaßen angestrebte Deregulierung und Entfeinerung der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung umzusetzen. Bund und Länder sollten bei den anstehenden Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung für noch weiter gehende Deregulierungsüberlegungen offen sein.
2. Die Bauministerkonferenz bittet das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS), die Vorschläge bei seinem Entwurf der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2009 maßgeblich zu berücksichtigen. Sie hält es für sinnvoll, dass das BMVBS seinen Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zunächst mit einer Projektgruppe der Länder diskutiert, um die nachfolgenden Verhandlungen zur Verwaltungsvereinbarung möglichst weitgehend zu entlasten und zügig abzuschließen.
3. Die Bauministerkonferenz bittet das BMVBS, gemeinsam mit den Ländern modellhaft ein Programmkonzept für das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zu erarbeiten, das Ausgangslage, Ziele, Laufzeit und geplantes Volumen des Programms beschreibt.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 7: Verstetigung des Investitionspaktes Bund – Länder – Kommunen im Jahr 2009

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz sieht den Investitionspakt zur Förderung der energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur in den Kommunen als eine wichtige Maßnahme zum Klimaschutz und zur Energieeinsparung an. Sie bekräftigt daher ihren Beschluss vom 14. März 2008, in dem der Bund um eine Verstetigung des Investitionspaktes gebeten wurde.
2. Den im Entwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2009 enthaltenen Ansatz in Höhe von lediglich 100 Mio. Euro, die zudem noch zu Lasten des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms erbracht werden sollen, hält die Bauministerkonferenz angesichts der großen Nachfrage seitens der Kommunen nicht für ausreichend. Sie bittet daher Bundesregierung und Bundestag in den weiteren Beratungen auf eine eigenständige Dotierung in gleicher Höhe wie 2008 hinzuwirken.

(16:0)

Protokollnotiz des Landes BY:

Nach Auffassung des Landes BY können die Mittel durch den Verzicht auf in einem neuen Programm der KfW-Förderbank vorgesehene Zinszuschüsse für „Seniorenrechtliches Wohnen“ erbracht werden, zumal die Länder mit der Föderalismusreform I die Gesetzgebungsbefugnis für die Wohnraumförderung erhalten haben.

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 8: Neuer Verteilerschlüssel in der Städtebauförderung

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz (BMK) nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Verteilungsschlüssel zur Kenntnis.
2. Die BMK bittet den Bund, die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung und den Investitionspakt in Höhe von gut 700 Mio. € zu verstetigen.
3. Die Aufteilung der Städtebauförderungsmittel einschließlich der Investitionspaktmittel ist bis 2013 in dem 2008 für die neuen und die alten Länder geltenden Verhältnis beizubehalten.
4. Die BMK bittet das BMVBS, bis 2013 einen einheitlichen, problemorientierten Verteilerschlüssel für die Städtebaufördermittel mit den folgenden Indikatoren und Gewichtungen vorzusehen:
70% Bevölkerung
7,5% Bevölkerungsverluste auf Gemeindeebene
7,5% Arbeitslosigkeit
7,5% Ausländeranteil
7,5% überdurchschnittlicher Bevölkerungsanteil über 65 Jahre.
5. Die BMK bittet den Bund, nach weiteren Wegen zu suchen, um die offenen Verpflichtungen aus dem Solidarpakt im Politikfeld Wohnungs- und Städtebau zu erfüllen.
6. Die Bauministerkonferenz fordert, dass die Länder künftig bis zu 50% der für einen Programmbereich vorgesehenen Finanzhilfen für einen anderen Programmbereich ohne ausdrücklich Zustimmung des Bundes einsetzen können.

(15 : 0 : 1)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

Protokollnotiz des Landes BE:

Frau Senatorin Junge-Reyer erklärt, dass sich Berlin der Stimme enthält, da sie ihre grundsätzlichen Bedenken gegen einen einheitlichen Verteilerschlüssel aufrecht erhält. Ein einheitlicher Verteilerschlüssel wird ihres Erachtens der unterschiedlichen Zielsetzung der Teilprogramme der Städtebauförderung nicht gerecht und birgt zudem die Gefahr einer mangelnden Akzeptanz auf parlamentarischer Ebene des Bundes.

Protokollnotiz des Landes HB:

Staatsrat Golasowski erklärt, dass auch die vom BMVBS vorgeschlagenen drei programmspezifischen Verteilerschlüssel eine akzeptable Alternative zum einheitlichen Verteilerschlüssel von 30:70 seien.

Protokollnotiz des Landes MV

MV betont im Hinblick auf sein Votum die im Beschlusstext genannten Vorbedingungen sowie die Erwartung, dass mit dem Verteilerschlüssel unter Punkt 4 keine Vorentscheidung für die Zeit nach 2013 verbunden ist. MV befürwortet auf dieser Grundlage Gespräche der Länder mit dem Bund zwecks Erörterung der seitens des Bundes aufgeworfenen Fragen zur Verfassungskonformität, Problemorientierung sowie Haushaltsentwicklung einschließlich Solidarpakt.

Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen

TOP 9: Novellierung der HOAI

Beschluss:

1. Die Bauministerkonferenz befürwortet den Erhalt der HOAI als verbindliche staatliche Regelung. Sie bekräftigt damit ihre bisherige Position in dieser Frage.
2. Eine Novellierung der Honorarordnung ist längst überfällig. Sie muss die HOAI vereinfachen und damit als Instrument des Preisrechts stärken. Ziel ist eine praxistaugliche Regelung, die verstärkt Anreize zum kostengünstigeren Planen und Bauen gibt und sowohl den europarechtlichen Vorgaben als auch den gewachsenen Strukturen gerecht wird.
3. Die Bauministerkonferenz hält bei der Vorbereitung der anstehenden HOAI-Novelle einen intensiven Dialog mit den Interessenvertretungen der Planerinnen und Planer für unverzichtbar. Sie bittet die Bundesregierung darum, diesen Dialog fortzuführen und bis Ende des Jahres 2008 einen konsensfähigen Entwurf vorzulegen.
4. Bestandteil der Reform muss eine deutliche Erhöhung der Tafelwerte, d.h. der Honorare, sein. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die letzte Anpassung inzwischen über ein Jahrzehnt zurückliegt. Sollte der Entwurf zur umfassenden Novelle der HOAI bis Ende des Jahres 2008 nicht vorliegen, hält die Bauministerkonferenz zumindest eine deutliche und kurzfristig umzusetzende Anhebung der Tafelwerte für erforderlich.

(16:0)

Protokollnotiz der Länder BY, BW und BB:

Aus Sicht der Länder BY, BW und BB sollte die Anhebung der Honorare mindestens 10 Prozent betragen.

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 10: Kostenrichtwerte für den Hochschulbau

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz nimmt den Projektbericht der Fachkommission Bau- und Kostenplanung des Ausschusses für Staatlichen Hochbau zur Fortschreibung der Kostenrichtwerte für den Hochschulbau zur Kenntnis.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

**TOP 11: Jahresnachweis 2007 und Wirtschaftsplan 2009 der
Bauministerkonferenz**

Beschluss:

Die Bauministerkonferenz stimmt dem aktualisierten Haushaltsplan mit einem Gesamtvolumen von 300.300 € für das Jahr 2009 zu.

(16:0)

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 12: Verschiedenes / Bericht des Vorsitzenden

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung der Bauministerkonferenz
am 25./26. September 2008 in Gelsenkirchen**

TOP 13: Ort und Termin der nächsten Bauministerkonferenz

Die nächste turnusgemäße Bauministerkonferenz soll 2009 in Monschau stattfinden. Über den genauen Termin verständigt sich der Vorsitzende der Bauministerkonferenz, Minister Wittke (NW), mit den A- und B-Länder-Sprechern der Bauministerkonferenz.